Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

EZB auf Geisterfahrt

Die offenbar bewusste Opferung von seit Jahrzehnten bewährten marktwirtschaftlichen Überzeugungen und Regeln auf dem Altar euroromantischer Fiktionen und Wunschvorstellungen wirft bei Banken, Unternehmen und Privatleuten zunehmend die Frage nach Vermeidungsstrategien auf. Die hiesigen Banken suchen derzeit mit Hochdruck nach Alternativen zur 1:1-Weiterberechnung der von der EZB erzwungenen Strafzinsen an ihre vermögenden Firmen- und Privatkunden. Vor diesem Hintergrund wächst die Neigung der Banken, selbst Gelder zu horten. Laut Bundesbank liegen derzeit 37,4 Mrd. Euro an Bargeld in den Tresoren der Institute. Das entspricht dem Doppelten der 2016 gehorteten Summe. Bei vielen Banken sollen die Limits der maximal versicherten Beträge bereits erreicht sein. Ein weiteres Vor-Krisen-Symptom dürfte in der sprunghaft steigenden Nachfrage nach Bankschließfächern zu sehen sein. Viele Privatkunden scheinen entschlossen zu sein, die Belastung mit Strafzinsen durch zeitnahe Barabhebungen zu unterlaufen. Derzeit werden, wenn überhaupt, Bareinlagen ab 100.000 Euro durch „Verwahrgebühren" gemindert. Bei vielen Banken wird noch versucht, aus psychologischen und praktischen Gründen systemwidrige Strafzinsen durch mehr oder weniger versteckte Gebührenerhöhungen zu vermeiden. Das nicht ausschließbare Risiko, dass Strafzinsen schlimmstenfalls zu einem gefährlichen Bank Run führen könnten, bereitet in den Führungsetagen erhebliche Sorgen. Fast ein Sechstel des insgesamt 6,2 Billionen umfassenden Geldvermögens ist derzeit auf unverzinsten Girokonten geparkt.

Die Gefahr einer Stampede

Die EZB unterminiert durch ihre vor allem südeuropäischen Partikular-Interessen dienende Geldpolitik das Vertrauen der Menschen in die Marktwirtschaft und das Bankensystem. Sie schafft grob fahrlässig Rahmenbedingungen für die Entstehung von allgemeiner Verunsicherung, die im Krisenfall durch Hysterie und Panik gefährliche Eruptionen auslösen könnte. Käme es durch das Zusammenwirken unglücklicher Umstände zu einer unkontrollierbaren Stampede, so würde Draghi als der dafür Verantwortliche in die Geschichte eingehen. Als trügerisch dürfte sich die Hoffnung erweisen, dass ab November mit Draghis Nachfolgerin ein Paradigmenwechsel der EZB-Geldpolitik eintreten wird. Die bisher bekannt gewordenen Absichtserklärungen von Christine Lagarde deuten auf ein „Weiter so" hin. Der seit Draghis Nach-mir-die -Sintflut-Politik („Whatever it takes") längst überfällige Neuanfang der EZB wird also nicht stattfinden.

Mit Vollgas in die Sackgasse

Die Samthandschuhe im öffentlichen Umgang mit der EZB ausgezogen hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband. In einem Kommentar wird die Kritik folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Die Null- und Minuszinspolitik droht inzwischen die noch bestehende wirtschaftliche Dynamik zu ersticken, gefährdet die Stabilität des Finanzsystems und führt für Kunden zu höheren Preisen. Sie entwertet zudem alle kapitalgedeckten Vorsorgesysteme, vor allem Pensionskassen, betriebliche Altersversorgungen, Lebensversicherungen und Stiftungen. Fehlende Zinsen und Zinseszinsen werden in vielen Fällen zu einem Nachfinanzierungsbedarf führen. In alternden Gesellschaften wird das die Kapitalspielräume der jungen Generation und der Unternehmen in Zukunft deutlich einengen." Außerdem verweist der Verband darauf, dass die öffentliche Hand in Deutschland 360 Mrd. Euro durch Negativzinsen gespart habe, während die Sparer 300 Mrd. Euro verloren hätten. Daher sei es sozial geboten, die öffentlichen Kostenvorteile an die Sparer weiterzugeben. Auch der Bankenverband spricht mittlerweile Klartext: „Die EZB erinnert mit ihrer Geldpolitik an einen Autofahrer, der falsch in eine Sackgasse abgebogen ist und dennoch weiter Gas gibt."

„Planwirtschaft"

Der streitbare Ökonom Markus Krall zeigt sich davon überzeugt, dass die „jüngsten EZB-Entscheidungen die Krise unseres Bankensystems verschärfen und den Niedergang beschleunigen werden." Die Neuauflage des „Quantitative Easing" und der Forward Guidance, also der informatorischen Manipulation der Anleihemärkte, signalisierten eindeutig, dass auf absehbare Zeit keine Änderung der Geldpolitik erfolgen werde. Es gebe keine Normalisierung, weil die geldsozialistische Planwirtschaft die neue Normalität darstelle. Krall weiter: „Die EZB glaubt, dass mehr Kreditvergabe die Wirtschaft ankurbelt, egal wie sinnlos die Investitionen und Ausgaben sind, die mit diesem Geld getätigt werden. Die EZB hat die Ökonomie solange als Wissenschaft der Töpfe, statt als Wissenschaft der Anreize begriffen, dass sie selbst dann versagt, wenn sie ein Anreizsystem vor ihren demolierten Karren spannen will und sich dabei für besonders clever hält. Das Ergebnis wird eine Beschleunigung der Margenerosion der Banken sein, die im Crash des Systems mündet." Der faule Kompromiss ist zur zentralen Überlebensstrategie der EU geworden. Aber auch die Nichteinhaltung der im Wege von Kompromissen herbeigeführten Vereinbarungen hat im Regelfall keine wirklichen Konsequenzen. Selbst bei massiven Verstößen gegen die Vereinbarungen von Maastricht, Lissabon und Dublin drohen den Sündern höchstens rhetorische Rügen und leere Androhungen von Sanktionen. Schlimmstenfalls schießt die EU-Kommission mit Platzpatronen. Ihr fehlt es an Autorität und Wirkungsmacht. Hier liegt der kardinale Konstruktionsfehler von EU und Gemeinschaftswährung.